[illegible] der Luther-Regierung durch einen besonderen Antrag vorgesehen, daß am 1. April 1926 M. Mieten mindestens 100 vom Hundert der Friedensmiete betragen müssen. Gleichzeitig erhöht die Reichsregierung den Anteil des Grundstückbesitzers an der Friedensmiete von 50 auf 60 vom Hundert und schreibt den Ländern und Gemeinden daneben eine gehörige Steigerung der (bisher im Reichsdurchschnitt auf etwa 25 vom Hundert der Friedensmietbemessungen) Mietzinssteuersätze vor.

Das Ziel, das die Reichsregierung und die Regierungsparteien, von den Deutschnationalen bis zu den Zentrumsschriften mit diesen vier Plänen: Einführung gleichmäßiger Zuschläge für alle großen und kleinen Einkommen in den Ländern und Gemeinden; Festsetzung eines unabänderlichen festen Verhältnisses zwischen Einkommensteuerzuschlägen und Realsteuerhöhe; festere Bindung der Länder und Gemeinden an die Umsatzsteuer oder planmäßiger Entzug der Reichsüberweisungen aus dieser Steuer; neue Begünstigung der Hausbesitzer bei gleichzeitiger Erhöhung der Mietzinssteuer von 25 auf 40 vom Hundert der Friedensmiete oder von 1250 auf 2000 Millionen Mark jährlich, fast ausschließlich zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Selbstverwaltungskörperschaften, verfolgen, ist klar und so eindeutig:

Es sollen eben die Länder und Gemeinden mit allen erdenklichen Mitteln gezwungen werden, ihre bisherigen, an sich schon sehr unzulänglichen Aufwendungen für soziale Zwecke systematisch abzubauen, die Armen, Kranken, Kriegsopfer, Erwerbslosen, Rentenempfänger, brutal in den Hunger zu treiben, die Volksschule, die jetzt schon an allen Ecken und Enden schwere Not leidet, weiter zu verschandeln und alle hygienischen und kulturellen Pflichten bis aufs äußerste zu vernachlässigen. Gleichzeitig will man die Länder und Gemeinden dahin treiben, daß sie die Steuerbelastung der breiten Massen auf die Spitze treiben und damit zugleich jede neue Regung des Aufkämpfens gegen das soziale Massenelend von vornherein möglichst schon im Keime ersticken.

Das sozialdemokratische Zollkompromiß

Die schwankende SPD.

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichstagsausschuß für die Zollfragen nahm am Donnerstag Stellung zum Zollkompromiß der Regierungsparteien. Die sozialdemokratischen Redner griffen die Haltung der Regierung in der Zollfrage gestern an, aber zugleich lag auch ein positiver Antrag der SPD. in der Zollfrage vor, der durchaus nicht so heldenmütig wirkte. Wie Genosse Rosenberg hervorhob, umfaßt das Programm der SPD., wie es in dem Antrag niedergelegt ist, mäßige Industriezölle und Zollfreiheit für Lebensmittel. Indirekt müssen aber die Industriezölle auch die Lebensmittelzölle verteuern. Für die Bauernschaft hat das sozialdemokratische Programm nur gute Ratschläge. Die scharfe Ablehnung des sozialdemokratischen Schandprogramms durch Genossen Rosenberg führte zu Erwiderungen von Wissel und Hilferding. Beide versicherten, daß das sozialdemokratische Zollkompromiß von den Kommunisten nicht verstanden werde.

Zollwucher und Verfassungsbruch

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zollwucherpakt der Bürgerblockparteien und dem Zentrum ist ein Antrag vorgesehen, der die Regierung ermächtigt, ohne Zustimmung des Reichsrats und des Reichstagsausschusses Zölle zu erhöhen, zu ermäßigen oder aufzuheben. Diese Ermächtigung an die Regierung ist, wie gestern bereits im zollpolitischen Ausschuß des Reichstags festgestellt ist, zweifelsohne eine Aenderung der Verfassung, sie überträgt Rechte, die nach der Verfassung nur der Reichstag ausüben darf, auf andere Körperschaften. Es bedarf daher zur Annahme dieser Bestimmungen einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag, die nicht vorhanden ist. Weil sie nicht vorhanden ist, wollen die Bürgerblockparteien mit dem Weimarer Zentrum sich über die Weimarer Verfassung hinwegsetzen. Der Zollwucher ist ihnen mehr wert, als ihre eigene Verfassung.

Lipinski kämpft für die Berechtigung der Wiederaufnahme der 23

Zu der Auseinandersetzung der 23 SPD.-Leute im Landtag, die in ihrer Zuschrift an den „Vorwärts" erklärt hatten, die Bezirksvorstände können nicht einfach die Wiederaufnahme beschließen, schreibt jetzt Lipinski als der Bezirksvorsitzende von Leipzig:

„Die Bezirksvorstände hatten aber auch das Recht und die Macht, den Beschluß auf Rücknahme der Ausschlußanträge aufzuheben und durchzuführen.

Die Bezirksvorstände sind zwar Richter über die von den Ortsvereinen beantragten Ausschlußanträge, sie sind aber auch zugleich die Vorstände der Bezirksorganisation, und haben als solche die politischen Entscheidungen zu fällen.

Im Landesarbeitsorganisationsstatut ist bestimmt, daß die Bezirksvorstände die Landesinstanz Sachsens bilden und über einheitliche politische Maßnahmen für Sachsen entscheiden.

Nach der Entscheidung des Parteivorstandes, die Auflösung des Landtages herbeizuführen, zuvor aber die Ausschlußverfahren zu erledigen, war das Ausschlußverfahren Bestandteil einer politischen Frage und Entscheidung geworden, die an rechtliche Formeln nicht gebunden ist.

Dazu kommt ein anderes Moment. Der Parteivorstand wollte alle Ausschlußverfahren vor ein Schiedsgericht bringen, weil alle Handlungen aus einer einheitlichen Quelle abgeleitet werden konnten. Damit waren die Bezirksvorstände einverstanden. Die 23 verlangten aber je ein Schiedsgericht für die vier Bezirke und der Parteivorstand hatte denselben Vorsitzenden für alle Schiedsgerichte bestellt. Das Schiedsgericht für Leipzig hatte aber bereits entschieden und die Beschuldigten freigesprochen. Da der Vorsitzende auch bei den anderen Schiedsgerichten sich nicht mit sich selbst in Widerspruch setzen konnte, so war eigentlich durch das Leipziger Urteil auch das Urteil in den drei anderen Schiedsgerichten gefällt. Hätten die 23 dem Vorschlage des Parteivorstandes Folge geleistet, so wäre das Ausschlußverfahren längst vor dem 1. Juli erledigt worden."

Die „Linke D. K." erklärt dazu, daß die Stellungnahme Lipinskis vollständig richtig sei.

Also wieder Anschluß mit den 23, das ist das Ziel der „Linken".

Kommentar ist dabei überflüssig.

Ist meine Partei wahnsinnig geworden?

Unserer Zentralorgan, der „Roten Fahne", wurde von einem Reichsbanner- und SAJ.-Mitglied folgendes Schreiben zur Veröffentlichung übersandt:

„Ich, Walter Gotthardt, wohnhaft Lichtenwalder Straße 59, Mitglied der „Reichsbanner", Kameradschaft „Wedding" und Mitglied der Soz. Arb.-Jug., Gruppe Gesundbrunnen, erkläre hiermit meinen Austritt aus beiden Organisationen.

Begründung: [illegible] meine Partei wahnsinnig geworden ist. Ich bin es noch nicht. Ebert ist mit 17 Pfaffen begraben worden, was mir als Dissidenten schon ein starkes Stück war. Als ich am Sonntag bei der Veranstaltung auf der Schillerwiese sah, daß man in dem Propagandazug einen Pfaffen mitführte und anscheinend damit das Pfaffentum versöhnen wollte, dachte ich an die letzte Wahl, an den „großen" Wilhelm Marx. Als ich dies als Arbeiterverdummung bezeichnete, schlugen meine eigenen Kameraden auf mich ein. Jetzt habe ich erkannt, daß ich nicht zum Reichsbanner und nicht zur SAJ. gehöre, sondern in die KJ. und in den RFB. Ich erkläre hiermit meinen Eintritt zum RFB. Mit mir gehen 18 Kameraden. Ich bin jederzeit bereit, wenn es der Lügen-„Vorwärts" nicht glauben will, auch diese namhaft zu machen. Die größten Feinde der Einheitsfront der Arbeiter in der 21. Abteilung der SPD. sind: Paul Gorsky, Oudenaderstraße (Abt. der SPD.), Dreyer, Martin, Opitzstraße (Abt. des Reichsbanners). Für meine Erklärung gebe ich mein proletarisches Ehrenwort."

Immer mehr erkennen die Arbeiter im Reichsbanner und in der SPD., daß sie von ihren Führern fortlaufend belogen und betrogen werden. Die Aufgabe unserer Genossen ist es, diese Erkenntnis mit allen Kräften zu fördern und die ehrlichen SPD.-Arbeiter für die Kommunistische Partei und den RFB. zu gewinnen.

Statt Amnestie — neue Klassenurteile

Leipzig, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Staatsgerichtshof standen heute die Stuttgarter Arbeiterinnen Maria Greiner und Hedwig Häbig. Letztere war schon 10 Monate in Untersuchungshaft. Die Genossinnen sollen Kurierdienst ausgeübt haben. Als Zeugen fungierten der Spitzel König und der Verräter Heidenreich. Sie konnten nichts Positives aussagen. Riedner verhinderte die Beantwortung der Fragen des Verteidigers v. Bognato. Das Urteil lautete gegen die Genossin Greiner auf 8 Monate Gefängnis, gegen die Genossin Häbig auf 6 Monate Gefängnis. — Ein neuer Schandstreich des Riednergerichts, der den Arbeitern ein weiterer Ansporn im Amnestiekampf sein muß.

Heraus zur Massenkundgebung

gegen

Krieg und Hungerzölle

Das Proletariat demonstriert am 26. Juli

in Dresden 9 Uhr vormittags in den Annensälen;
in Bautzen um 10 Uhr auf dem Kornmarkt;
in Schönfeld nachmittags 3 Uhr auf dem Marktplatz.

Massen heraus!

KPD., KJ., Roter Frontkämpferbund, Roter Jungsturm.

Mißstände in der Polizeischule Frankenstein

Von einigen an den dortigen Kursen teilnehmenden Polizeibeamten wird uns berichtet:

„Wir werden auf dieser Polizeischule nicht wie Beamte, sondern wie Rekruten behandelt, trotzdem wir alle schon mehr als 7 Jahre dienen. Es sind unter uns Beamte mit mehr als 40 Lebensjahren. Sie werden nach allen Regeln der Kunst geschliffen. Es fallen dabei Ausdrücke wie „Affe", „Trantuten", „es klappert wie Hammelscheiße" usw. Dies hauptsächlich beim Sport und Waffenausbildung (lies Exerzieren). Abends gibt es Strafappells — um 7 Uhr antreten mit irgendeinem Bekleidungsstück, bis um 7,30 Uhr der Offizier kommt und nachsieht, so daß die Beamten nicht mal abends dienstfrei sind. Es ist noch schlimmer als zu Wilhelms Zeiten.

Oberleutnant Georgie und Leutnant Roßmann, sowie Wachtmeister Leske tun sich bei all diesen Dingen besonders hervor. Ersterer hatte zur Wahl Hindenburgs schwarz-weiß-rot aus seiner Dienstwohnung geflaggt. Ein Zeichen der dort herrschenden Gesinnung.

Obwohl diese Dinge zum Teil schon in der Presse erörtert sind, hat sich daran nichts geändert.

Herr Abbegg, Sie haben doch behauptet, in der Schutzpolizei wird nicht exerziert. Vielleicht überzeugen Sie sich einmal von der Unrichtigkeit Ihrer Worte in bezug auf Polizeischulen, besonders aber der in Frankenstein. — Der Vollständigkeit halber sei festgestellt, daß der Leiter der Schule, Ueberscheer, sehr menschlich denkt und handelt und an den oben geschilderten Zuständen keine Schuld trägt.

Gruhles Grundsätze

In der „Dresdner Volkszeitung" steht gestern eine wahrscheinlich vom Reichsbanner inspirierte Notiz. Dort teilt die Leitung des Reichsbanners mit, daß die KPD. die Leitung des Reichsbanners zur gemeinsamen Kundgebung gegen den Krieg eingeladen habe." „Die Leitung des Reichsbanners, — so heißt es in der Notiz — hat das Schreiben mit einem ebenso höflichen wie bestimmten Nein abgelehnt."

Das, was Gruhle nebenbei über Berliner und Moskauer Befehle redet, schenken wir ihm, weil es nicht neu ist.

Die Proletarier im Reichsbanner fordern wir aber auf, sich zu überlegen, ob sie mit den Demokraten und dem jetzt beim Zollwucher wieder in das Lager der Monarchisten abgeschwenkten Zentrum, oder mit den Kommunisten, den Arbeitskollegen gemeinsam gehen wollen.

Daß Gruhle jetzt nicht mit der KPD. geht, das glauben wir, denn jetzt kann man etwas werden, wenn man mit den Bürgerlichen geht. 1923 scharwenzelte Gruhle ständig um die Kommunisten, weil er damals dachte, mit Anschluß an die Kommunisten ist besser vorwärts zu kommen. Also keine Wandlung auf Befehl, aber nach den Beförderungsaussichten! —

Die Antikriegsdemonstration der KPD. soll verboten werden

Berlin, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Welt am Abend" von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt die Reichsregierung, die für den Sonntag den 2. August von der Kommunistischen Partei einberufene Antikriegskundgebung im Lustgarten zu verbieten. Das Verbot soll vom Berliner Polizeipräsidenten, dem SPD.-Mann Grzesinski, mit der Gefahr der Störung der öffentlichen Ordnung „motiviert" werden und für mindestens 14 Tage in Geltung bleiben, damit die Zollberatungen im Reichstag nicht durch Straßenkundgebungen „gestört" werden. In diesem Zusammenhange ist es bemerkenswert, daß schon von heute ab zweitschaftsautos der Schupo polizeiprovokatorisch mit schwerbewaffneten Polizeisoldaten jeden Abend durch die Straßen der Arbeiterviertel Berlins sausen, um durch derartige Provokationen die notwendigen Vorwände vom Verbot der Kundgebungen unter freiem Himmel zu bekommen.

Einheitlicher Aufmarsch des gesamten Proletariats

Chemnitz, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Obgleich bei den Antizollkundgebungen am Freitag zuerst nur ADGB.- und SPD.-Vertreter sprechen sollten, ist auf den Druck der Arbeitermassen jetzt auch ein KPD.-Redner zugelassen.

In Dresden haben die Gewerkschaftsbürokraten bisher die gemeinsame Kundgebung abgelehnt.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Berliner Bauarbeiter?

Berlin, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Polizeipräsident hat, weil angeblich die öffentliche „Sicherheit und Ordnung" durch den Bauarbeiterstreik in Gefahr gekommen sei, soll den Schlichter von Groß-Berlin (Wissel) um einen Einigungsvorschlag gebeten. Wissel wird diesem Ansuchen nachkommen.

Berlin, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der „Berliner Börsencourier" meldet, daß am Freitag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers mit den Unternehmern der Ruhrindustrie eine Sitzung stattfinden wird, um „sich über die Notlage der Ruhrindustrie und die Mittel und Wege zu ihrer Behebung auszusprechen." Dabei soll angeblich vor allem darüber beraten werden, wieweit eine finanzielle Hilfe des Reiches für den Sanierungsprozeß der Ruhrindustrie in Frage kommt. Ohne Zweifel trägt man sich innerhalb der Reichsregierung [illegible] mit dem Gedanken, der notleidenden Schwerindustrie nach[illegible] eine Kreditauflage der 700 Millionen in den Rachen zu werfen.

Einheitskampffront im Baugewerbe

Chemnitz, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Unter dem Druck der kämpfenden Bauarbeiter ist jetzt auch in Chemnitz eine einheitliche Streikleitung des Baugewerksbundes, des Verbandes der Zimmerer und des Verbandes der [illegible] Bauarbeiter zustande gekommen. Am Sonnabend fand eine gemeinsame Streikleitungssitzung statt. Einheitliche Streikleitungen bestehen außer in Chemnitz noch in Plauen, [illegible], Limbach, Niederkirchen, Stollberg, Thalheim und Einsiedel.

KPD.-Zeitungen werden beschlagnahmt

Lübeck, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittag wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft die „Arbeiter-Zeitung" vom 22. Juli 1925 beschlagnahmt. Gründe wurden nicht angegeben.

Die Zersetzung der französischen Armee

Essen, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die französischen Truppen zeigen große Widerstände gegen ihren Abtransport nach Marokko. Massendesertionen sind an der Tagesordnung. In den in Räumung stehenden Orten erscheinen viele Soldaten in den Arbeitervierteln und bitten um Zivilkleider. Für einen Zivilanzug bieten sie teilweise 2 Militärgewehre und 1000 Schuß Munition.

Die wahren Gründe der Räumung der Ruhr

London, 24. Juli. (Telunion.) In einem Artikel über die Bedeutung des marokkanischen Krieges sagt der „Daily Herald", es komme, daß die größte Militärmacht der Welt Freiwillige für ein Heer einstellen müsse, das 150 000 Mann zähle. Der Grund sei der, sagt das Blatt, daß die französische Militärgewalt in Europa einen Vernichtungskrieg als Möglichkeit betrachte, bei dem jeder waffenfähige Franzose notwendig sei. Die Franzosen müßten aus diesem Grunde Freiwillige für Marokko machen. Die Deutschen seien mit ihrer Ansicht richtig im Recht, wenn sie die Räumung der Ruhr vor dem festgesetzten Termin nicht als Freundlichkeit gegenüber Deutschland betrachten, sondern sie auf den Druck der französischen Lage in Marokko zurückführen.

Angebliche Friedensbedingungen Abd el Krims

Paris, 24. Juli. (Telunion.) Im Mittelpunkt des Interesses steht das im Petit Parisien abgedruckte angebliche Friedensangebot Abd el Krims. Das Blatt weigert sich, die politische Persönlichkeit zu nennen, von der es den Brief mit den Friedensbedingungen des Riffführers erhalten hat. Am [illegible] weist man darauf hin, daß Abd el Krim im [illegible] französisch-spanischer Friedensvorschläge sei und daß sich eine gemischte spanisch-französische Kommission im Lager der letzten zwei Wochen schon zweimal nach Ajdir begeben hat und von Abd el Krim empfangen worden sei. Diese Kommission stehe unter der Führung Eccevarietos. Ein Brief mit den Friedensvorschlägen sei bei der zweiten Reise nach Ajdir von Abd el Krim zurückgelassen worden. Eine Antwort sei bis [illegible] auf dem vereinbarten Wege noch nicht eingetroffen.

Die Lage in Marokko

London, 24. Juli. (Telunion.) Nach Ansicht des Korrespondenten des Evening Standard werden sich die französischen Schwierigkeiten in Marokko in der nächsten Zeit noch steigern. Großes Mißfallen erregte die Besteuerungsmethode der französischen Behörden in Marokko, die Steuern vom Grund und Boden, anstatt von dem Ernteertrag einziehe. In diesem Jahre sei die Ernte in Marokko sehr schlecht. Die Folge ist, daß die Steuern auf die Bodenfläche doppelt schwer empfunden werden und zu weiteren Aufstandsbewegungen Anlaß geben.

Ausnahmegesetze gegen die französischen Kommunisten?

Paris, 23. Juli. (Telunion.) Heute morgen ist unter dem Vorsitz Painlevés im Kriegsministerium eine Konferenz zur Abwehr der kommunistischen Propaganda in Algerien und Frankreich abgehalten worden. Die gefaßten Beschlüsse werden vorläufig geheim gehalten.

Schweres Bauunglück in Stuttgart

Die Stadthalle eingestürzt.

Stuttgart, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Kurz nach Beendigung der Mittagspause stürzte der ziemlich fertiggestellte Vollkonstruktionsbinder des Neubaues der Stadthalle ein und riß die schon stehenden 5 Binder mit. Unter furchtbarem Getöse brach die Halle zusammen, fast die ganze Belegschaft, die sich gerade an die Arbeitsplätze begeben hatte, unter sich begrabend. Ein in der Halle stehendes Fuhrwerk samt Gespann wurde durch einen Binder direkt zermalmt. Bis jetzt sind 5 Tote und 19 Schwerverwundete geborgen.